WP-4-300 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 300 bis 301 einfügen:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die der Wissenschaft zuhört: „Listen to the Science!“

Unsere Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft setzt auf Aufklärung. Dabei lassen wir uns von Wissenschaftler*innen beraten.

Differenzierte, sachliche Antworten in der Migrations- und Asylpolitik sind vielleicht nicht immer populär. Aber sie sind heute dringender notwendig denn je.

Unsere Antwort auf Trumpismus, AfD-Wahlerfolge und die Verschiebung des Diskurses nach rechts basiert auf Prävention und demokratischer Teilhabe. Demokratieförderung, Menschenrechts- und Sozialpolitik sind entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus und Rechtspopulismus.

Begründung

Die beantragten Änderungen basieren auf der kollektiv verbindlichen Beschlusslage von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Landes- und Bundesebene:

- LA-Beschluss „Listen to the Science!“ Gemeinsam in Berlin für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft vom 10.12.2025: https://berlin.antragsgruen.de/LA25-4/listen-to-the-science-gemeinsam-in-berlin-fur-eine-migrations-und-51354, Zeilen 1-4: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die der Wissenschaft zuhört: ‚Listen to the Science!‘ Unsere Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft setzt auf Aufklärung. Dabei lassen wir uns von Wissenschaftler*innen beraten.“
- BDK-Beschluss Für eine Migrations- und Asylpolitik der humanitären Vernunft vom 16.11.2024: https://antraege.gruene.de/50bdk/motion/3080, Zeilen 85-87: „Differenzierte, sachliche Antworten in der Migrationspolitik sind nicht immer populär, aber heute dringender notwendig denn je.”
- LDK-Beschluss Für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Vielfalt. Gegen die Entrechtung von Schutzsuchenden in Berlin vom 30.11.2024: https://berlin.antragsgruen.de/LDK24-2/Fur-Demokratie-Rechtsstaatlichkeit-und-Vielfalt-Gegen-den-radikalisi-43303, Zeilen 118-121: „Unsere Antwort auf Trumpismus, AfD-Wahlerfolge und die Verschiebung des Diskurses nach rechts muss auf Prävention und demokratischer Teilhabe basieren. Demokratieförderung, Menschenrechts- und Sozialpolitik sind entscheidende Maßnahmen zur Bekämpfung von Extremismus und Rechtspopulismus.”

Vgl. Armin Schäfer und Michael Zürn (2021): Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus, Berlin: Suhrkamp, S. 222: „Die Verteidigung der Demokratie erfordert mehr Demokratie.“

Unterstützer*innen

Birgit Vasiliades (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Marie-Lena Nelle (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Mika Nyke Lou Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Catrin Wahlen (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Simona Bianco (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)